

12/1/2022 AG Migration und Vielfalt

Ein Massnahmenpaket für mehr interkulturelle Vielfalt in den Landesbehörden

Beschluss:

Der Landesvorstand, die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung werden aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für die Förderung interkultureller Vielfalt in den Landesbehörden zu erarbeiten und zu beschließen. Hierbei sollen die rechtlichen Möglichkeiten zur Überarbeitung der Einstellungskriterien für eine Neueinstellung geprüft werden. Im Vordergrund sollen Maßnahmen stehen, die Hemmnisse bei der Auswahl und Einstellung von Migrantinnen und Migranten abbauen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst für kulturelle Vielfalt sensibilisieren. Auf der anderen Seite soll das Interesse von Migrantinnen und Migranten an einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst geweckt werden. Um die Erkenntnisse über den Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst zu erweitern, soll eine regelmäßige, anonymisierte Vollerhebung durchgeführt und veröffentlicht werden.

Überweisen an

Landesvorstand, Landtagsfraktion

Stellungnahme(n)

Im Prozess

Die SPD-Fraktion unterstützt das Ziel, die interkulturelle Vielfalt in den Landesbehörden zu erhöhen. Hierbei sollte sich an Ansätzen der Bundesregierung orientiert werden. Hier wurde ein strategischer Ansatz zur Diversitätsförderung erarbeitet, damit die Bundesverwaltung vom ganzen Wert der Vielfalt unseres Landes profitiert. Im Nationalen Aktionsplan Integration wurde eine Diversitätsstrategie für eine vielfaltsbewusste Personalpolitik verankert. Über die Diversitätsstrategie im Nationalen Aktionsplan Integration hinaus haben die Integrationsbeauftragte und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet: Dazu gehören Maßnahmen zur Personalgewinnung wie die gezielte Ansprache von jungen Menschen auch mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Schule, Ausbildung oder Studium oder die Sensibilisierung für Barrieren im Auswahlprozess von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Berichtswesen sowie Monitoring sollten etabliert werden, um regelmäßig die kulturelle Vielfalt in der Bundesverwaltung zu überprüfen.